

22. September 2003

medien heft

Kommunikation in der Diktatur

Der Kampf um Legitimität und moralische Autorität
am Beispiel der Literatur in der DDR

Urs Meier

Literatur lotet Kommunikationsmöglichkeiten von Sprache aus. Dies kann sie in Konflikt mit gesellschaftlichen Mächten bringen, welche die Sprache kanalisieren. Autoritäre Herrschaftssysteme versuchen stets, die literarische Produktion unter Kontrolle zu halten. Eine Untersuchung am Beispiel der DDR zeigt nun aber, dass in unvollständig abgeschotteten Diktaturen trotz der unbeschränkten Macht des Staates die Schriftstellerinnen und Dichter nicht ohne Einfluss sind. Die Parteiherrschaft gerät durch die schlichte Tatsache, dass ihre Legitimation von innen bestritten wird, in ein Machtdilemma, das sie tendenziell handlungsunfähig macht. Das historische Beispiel verdeutlicht, dass die mit dem aufgeklärten Gesellschaftsverständnis verbundene Kommunikation kein neutrales Instrument ist, sondern auf Leitbildern eines zwanglosen Austausches basiert.

Von den Existenzbedingungen unabhängiger Literatur in totalitär regierten Staaten macht man sich gemeinhin etwa folgendes Bild: Die Kulturschaffenden werden in dem Mass, wie sie sich der ideologischen Gängelung zu entziehen suchen, durch die Macht-haber bedrängt, eingeschüchtert, verfolgt und zum Schweigen gebracht. Unter der Repression bleibt ihnen nur die innere oder äussere Emigration, die Flucht in den Untergrund oder die Anpassung. Diese Beschreibung mag für die Situation in Diktaturen zutreffen, wenn diese hinsichtlich Kultur, Sprache, Kommunikationsmöglichkeiten und geografischer Lage abgeschottet sind. Doch auf die Erfüllung all dieser Bedingungen können sich autoritäre Regimes je länger je weniger verlassen. Speziell die modernen Kommunikationskanäle sind zunehmend schwieriger unter Kontrolle zu halten. Der Fall DDR ist angesichts solcher Tendenzen von besonderem Interesse. Hier stand ein totalitäres Herrschaftssystem in exemplarischer Weise vor dem Problem mangelhafter Abschottung, in diesem Fall nicht wegen der Penetration der Grenzen durch Internet und Satellitenfernsehen, sondern wegen des grenzüberschreitenden Kultur- und Sprach-

Impressum

Medienheft (vormals ZOOM K&M), ISSN 1424-4594

Herausgeber: Katholischer Mediendienst, Charles Martig; Reformierte Medien, Urs Meier

Redaktion: Judith Arnold, Adresse: Medienheft, Bederstrasse 76, Postfach 147, CH-8027 Zürich

Telefon: ++41 (0)1 204 17 70, Fax: ++41 (0)1 202 49 33, E-Mail: redaktion@medienheft.ch, Internet: www.medienheft.ch

kostenloser Bezug via Internet oder Mailingliste; Bezug der Medienheft Dossiers (zwei Ausgaben pro Jahr) im Abonnement inkl. Versand und exkl. MwSt. SFr. 30.-- (Ausland SFr. 35.--)

raums und der starken Verwurzelung in der mit anderen Ländern geteilten deutschen und europäischen Tradition. Im Rückblick kann die DDR geradezu als ein Laboratorium der Kommunikation und der Austragung von Kämpfen um Einfluss und Macht gesehen werden, das die unfreiwilligen Ansätze zur Öffnung vorwegnahm, mit denen sich Diktaturen unter modernen Bedingungen zunehmend herumzuschlagen haben.

Literatur als Teil des gesellschaftlichen Machtgefüges

Die Berliner Politik- und Literaturwissenschaftlerin Angela Borgwardt hat eine dichte Untersuchung von über fünfhundert Seiten vorgelegt, die am Beispiel dreier herausragender Figuren der DDR-Literatur – Stefan Heym, Christa Wolf und Wolf Biermann – die Beziehungen und Brüche aufzeigt zwischen autoritärer Staats- und Parteimacht einerseits und autonomer, in der individuellen Kreativität und Verantwortung begründeter Kunst andererseits. Mit einem subtilen analytisch-theoretischen Instrumentarium und der Verarbeitung einer beeindruckenden Menge von Quellen und Fakten gelingt es der Autorin bei aller Differenzierung der individuellen Fälle dennoch plausible Grundmuster herauszuarbeiten. An diesen überindividuellen Merkmalen ist ein neues Bild des vermeintlich wohlbekannten, oft in die plakative Formel "Geist und Gewalt" gefassten Verhältnisses abzulesen.

Die wichtigste Einsicht lautet: Sobald Systeme nicht hermetisch abgeschlossen sind, verfügt selbst in Diktaturen niemals nur die eine Seite über Macht. Die DDR hatte auch nach dem 1961 erfolgten Bau der Mauer und des Todesstreifens eine zur BRD hin "offene Flanke" im Sinn eines intensiven Informationsaustausches. Man sah im Osten Westfernsehen, es gab verbreitet verwandtschaftliche Beziehungen über die befestigte Grenze hinweg, und entsprechend zahlreich waren die nicht kontrollierbaren Informationskanäle. Zudem war die Öffentlichkeit der Bundesrepublik sensibel für Themen der DDR, vor allem wenn es um Menschenrechtsverletzungen und propagandistische oder geheimpolizeiliche Manipulationen des ideologischen Gegners ging. Eine weitere Ursache der unvollkommenen Abdichtung des Systems war das mit der Ära Honecker 1971 beginnende Bemühen um internationale Anerkennung (Ostverträge der BRD 1972, UNO-Mitgliedschaft 1973, diplomatische Beziehungen zu fast allen Staaten 1974, Teilnahme an der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975). Die DDR war um internationales Prestige bemüht und scheute negative Publizität. Angesichts der offensichtlichen Diskrepanzen zwischen seinen feierlichen Bekenntnissen zu bindenden rechtlichen Grundsätzen (UNO-Menschenrechtscharta, KSZE-Schlussakte) und seiner faktischen Herrschaftsausübung stand das Regime ohnehin permanent unter peinlichem Rechtfertigungszwang und konnte nichts so wenig brauchen wie akute Konflikte mit internationaler DDR-Prominenz.

Die Macht von Staat und Partei war durchaus nicht lückenlos. Das war auch im täglichen Leben spürbar: "Es existierten 'informelle Strukturen' und 'inoffizielle Beziehungsgeflechte' sowie zahlreiche Verweigerungsstrategien im Alltag, die dem umfassenden Herrschaftsanspruch Grenzen setzten. Das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben erwies sich nur begrenzt durch politisch-administrative und ideologische Mittel steuerbar; für die Bürger gab es eingeschränkte Möglichkeiten, in bestimmten gesellschaftlichen Milieus und Lebensbereichen auf die Direktiven von oben resistent zu reagieren." (Borgwardt 2002: 93).

Im Fall manifester Abweichungen von der Parteilinie hingegen konnten sich die Herrschenden das routinemässige Wegsehen nicht leisten. Offener Widerspruch stellte ex-

plizit die Machtfrage, und in diesem Punkt geht es für ein System, das einen totalitären Anspruch erhebt, stets um alles oder nichts. Kritische Schriftstellerinnen und Schriftsteller wurden denn auch – die Untersuchung von Angela Borgwardt dokumentiert es aufs eindrücklichste – von Staats- und Parteistellen hingebungsvoll beobachtet, bekümmert, bedroht, von der Stasi bearbeitet mit allen psychologischen Raffinessen und grenzenloser Kaltschnäuzigkeit, dann im Handumdrehen wieder von den Oberen gehätschelt und vom Staat propagandistisch wie ökonomisch (durch Abkassieren von Devisen aus Honoraren für West-Veröffentlichungen) ausgenutzt.

Die widersprüchlichen Optionen und das Machtdilemma des Herrschaftssystems

Die verwirrende Mischung aus Unterdrückung und Duldung, Konfrontation und Vermittlung, geheimer Zersetzung und demonstrativer Integration entpuppt sich in Angela Borgwardts Analyse als Methodenarsenal eines in sich widersprüchlichen Umgangs mit dissidenten Künstlern. Die uneinheitlichen staatlichen Massnahmen waren nicht planlos, sondern dienten einer komplexen Zweckrationalität. Zu deren Logik gehörte der Umstand, dass den Akteuren Staat und Künstler nicht einseitig die Rollen des Handelnden und des Behandelten zukamen. Vielmehr gab es auf beiden Seiten aktives und passives Verhalten, und zwar in einem weiten Aktionsrahmen mit vielen zusätzlichen Einflüssen. Das Feld der komplizierten Interaktionen wird überschaubarer, wenn man sich die Problematik einer ideologisierten Kulturpolitik vergegenwärtigt.

Versucht man das Geflecht von Bedingtheiten auseinander zu legen und zur vereinfachenden Veranschaulichung als Kette von Ursachen und Folgen aufzureihen, so ergibt sich etwa folgendes Bild: Der ideologisch auf Einheitlichkeit getrimmte Staat hatte das Interesse, sich Kunst und insbesondere Literatur dienstbar zu machen. Er verordnete zu diesem Zweck die ästhetisch-politische Doktrin des sozialistischen Realismus und unterwarf ihr das gesamte Kultursystem. So weit kulturelles Leben bürokratisch organisierbar ist, funktionierte das mehr oder weniger; das Konzept scheiterte jedoch in der künstlerischen Kreation, dem Kern der Kultur. Die "sozialistischen" Werke waren fad und lehrhaft. Sie verkauften sich trotz vehementer planwirtschaftlicher Bevorzugung miserabel. Die Besten unter den Künstlerinnen und Künstlern entwickelten denn auch andere Formen und Inhalte. Den Kulturfunktionären entging das nicht. Da sie in der Defensive waren, reagierten sie mit elastischen Interpretationen der Doktrin vom sozialistischen Realismus und bemühten sich, die Abweichungen zu vereinnahmen. Nach einiger Zeit war die staatliche Kulturdoktrin zur Leerformel geworden, was dem künstlerischen Experimentieren zusätzliche Freiräume verschaffte. Einzelne Exponentinnen und Exponenten dieser dadurch ungewollt ermöglichten "neuen DDR-Literatur" erlangten internationale Berühmtheit. Sie waren aus staatlicher Sicht zugleich Aushängeschilder einer respektabel gewordenen DDR und potentiell gefährliche Abweichler.

Die Staatsorgane waren unter diesen Voraussetzungen zum Abwägen zwischen verschiedenen Übeln gezwungen. Auf der einen Seite drohte Verlust an Reputation im Ausland wegen hartem Vorgehen gegen prominente Künstler, auf der anderen Seite Auflösung der ideologischen Disziplin im Innern. Mit der Duldung fortgesetzter Abweichungen von der Parteilinie durch Kulturschaffende wuchs das Risiko des Kontrollverlustes in der Gesellschaft; versuchte man dies jedoch durch spektakuläre Massnahmen zu verhindern, so riskierte man die zum Teil in der DDR gar nicht so bekannte literarische Prominenz überhaupt erst populär zu machen. Drohte hier wegen Nichthandelns des in seinem Dilemma blockierten Staatsapparats die linientreue Steuerung staatlicher Kulturorganisationen auszufallen, so führte dort die Inszenierung ritualisierter Ergeben-

heitsbekundungen zum Verschleiss jeglicher Glaubwürdigkeit und zum Verlust unverfälschter Information über die wahre Haltung von Funktionären und Bürgern. Doch damit nicht genug: Der Staat verfiel sich zusätzlich im unlösbaren Problem, dass ein Verbot dissidenter Literatur im Westen stets scharfe Kritik an der Einschränkung politischer und künstlerischer Freiheit hervorrief, dass aber umgekehrt ein Gewährenlassen stets ebenso prompt als Schwäche eines Regimes gedeutet wurde, das trotz unbeschränkter Machtmittel unfähig war, die ideologische Disziplin durchzusetzen. In diesem Clinch konnte das Regime nicht gewinnen, ja es konnte sich nicht einmal daraus befreien. Die DDR brauchte für ihre äussere Reputation prominente Autorinnen und Autoren, und ein internationales Renommee war für die Literaten faktisch an die Bedingung einer kritischen Einstellung zum realen Sozialismus geknüpft. Das Machtdilemma und die tendenzielle Handlungsunfähigkeit machten vor allem im Inneren ein empfindliches und ständig wachsendes Legitimations- und Autoritätsdefizit des Staats deutlich, das über den Bereich der Kultur hinaus das ganze Herrschaftssystem zu untergraben drohte.

Dem Regime von Partei und Staat der DDR standen in der Auseinandersetzung mit ihrer unbotmässigen literarischen Prominenz jederzeit alle Mittel der Observierung, Manipulation, Einschüchterung, Drohung und physischen Gewalt zur Verfügung und es setzte diese auch häufig ein. Angela Borgwardts eindringliche Erforschung der Konfliktverläufe, Motive und Strategien in den drei Fallstudien zeigt aber auch, dass der im Machtdilemma gefangene Staat mit seinem Vorgehen gegenüber kritischen Schriftstellern tatsächlich sämtliche für ihn negativen Effekte kumulierte. Die Regierenden beherrschten den Grundkonflikt, der in der Infragestellung ihrer Macht, Autorität und Legitimität bestand, je länger je weniger. Gemäss verordneter Ideologie hätte es diesen Konflikt gar nicht geben dürfen; seine blossе Existenz war eine fundamentale Bedrohung.

"Elf Jahre lang konnte Wolf Biermann mit provokativen Liedern offen dem Verbot der Parteiführung trotzen, Christa Wolf setzte sich souverän über das offizielle Literaturkonzept hinweg und Stefan Heym publizierte seine in der DDR verbotenen Bücher unter Umgehung der staatlichen Zensur ungehindert im Westen. (...) Da die Parteiführung an ihrem Führungsanspruch festhielt, ihn aber – für alle sichtbar – nicht durchsetzen konnte, entstanden massive Glaubwürdigkeitsverluste, die eine brüchige Legitimationsgrundlage des Herrschaftssystems offensichtlich machten." (Borgwardt 2002: 508)

Das symbolische Kapital der Kulturschaffenden

Auf der Gegenseite zeichnet Angela Borgwardt die Individualität der drei ausgewählten Figuren und ihre verschiedenartigen Geschichten nach. Was Stefan Heym, Christa Wolf und Wolf Biermann bei allen Unterschieden jedoch vergleichbar macht, ist ihr aus künstlerischem Potenzial, moralischer Autorität und internationaler Prominenz geöffneter "symbolischer Kapital". Dieser beim Soziologen Pierre Bourdieu entlehnte Begriff meint das Gewicht, das ein Akteur auf der Ebene der Kommunikation ins Spiel zu bringen vermag. Symbolisches Kapital ist mobilisierbare Macht im Sinn von gesellschaftlichem Einfluss. Sie unterscheidet sich zwar von politischer, wirtschaftlicher oder physischer Macht, ist aber nicht weniger wirksam als jene. Die Kapital-Metapher weist darauf hin, dass dieses kommunikative Einflusspotential planmässig zu akkumulieren ist und dass es nach getätigten "Investitionen" oder eben Einmischungen in Auseinandersetzungen je nach Ertrag sich vermehrt oder wieder neu aufgestockt werden muss.

Es gelingt Angela Borgwardt zu zeigen, dass die untersuchten Personen, sowohl intuitiv handelnd wie manchmal auch kühl berechnend, sich genau in diesem Sinn verhalten haben: Heym, Wolf und Biermann waren, selbst angesichts extremer Übermacht des Gegenübers, sich stets ihrer Machtmittel bewusst, und sie pflegten diese mit Umsicht und Sorgfalt. Sie erhöhten ihren öffentlichen Stellenwert bewusst mittels Kontakten zum westlichen Nachbarland, hüteten sich in heiklen Fragen wie privatem Finanzgebaren vor moralisch diskreditierendem Verhalten, stützten sich bei passender Gelegenheit taktisch kalkulierend auf die offizielle Propaganda des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit und behafteten den Staat wo immer möglich auf seiner Ideologie (die sie als überzeugte Sozialisten in den Grundzügen teilten). Je nach Temperament und persönlicher Prägung verhielten sich die drei sehr verschieden: Christa Wolf meist defensiv und depressiv, Stefan Heym strategisch kühn und clever, Wolf Biermann rotz-frech und provokant. So unterschiedlich die Verhaltensweisen, so ähnlich die dahinter stehenden Haltungen: Die unbotmässigen kleinen Einzelmenschen spürten und wussten in jeder Situation genau, worin ihre Chancen lagen, sich dem gewaltigen Apparat nicht rückhaltlos ausliefern zu müssen.

Spuren von Öffnung mit unbeherrschbaren Folgen für die Diktatur

Das Dilemma des Staates bestand darin, die unbeschränkte Macht zu besitzen, sie aber nicht schrankenlos einsetzen zu können. Grund dieser Zwickmühle war letztlich der Umstand, dass Partei und Staat der DDR beides gleichzeitig wollten: Einerseits trachteten sie danach, die Diktatur des Proletariats auszuüben im marxistisch-leninistischen Sinn als objektives historisches Mandat der unfehlbaren kommunistischen Partei SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands). Andererseits suchten die Regierenden aus pragmatischen Gründen nach innen eine taktische Öffnung in Richtung rationale Diskussion und Überzeugungsarbeit und nach aussen die Partizipation an den liberalen und auf gegenseitiger Respektierung gründenden Standards der Staatenwelt.

"In der politischen Praxis verhinderte das Interesse an internationaler Anerkennung in der Hoffnung auf Reputations- und Legitimationsgewinne prinzipiell die Umsetzung des absoluten Herrschaftsanspruchs: Hier lag eine entscheidende Schwäche des Systems, da die handlungshemmenden Momente nicht nur die Durchsetzung der gewünschten Ziele, sondern auch eine offene Repressionspolitik zur Verhinderung gegenteiliger Entwicklungen erheblich erschwerten." (Borgwardt 2002: 509)

Ganz offensichtlich hatte der Apparat der DDR die Risiken der Öffnung nicht im Griff. Selbst in der homöopathischen Dosierung entfalteten die Spuren von diskursiver Rationalität und demokratischer Liberalität eine auf die Dauer unkontrollierbare Dynamik. Dabei muss noch nicht einmal das Ende der DDR anvisiert werden. Ein genauer Blick auf die ewigen Mühen der Funktionäre beim Wegreden der sich auftürmenden Systemwidersprüche zeigt das Grunddilemma eines totalitären, aber nicht total abgeschotteten Staates eindrücklich genug.

Es war hauptsächlich dieses Paradox der (in einzelnen Situationen) machtlosen Macht, das die Führungsschicht der DDR zumeist daran hinderte, in grossem Ausmass brutale Gewalt einzusetzen. Anders als etwa das Kambodscha Pol Pots in den späten 70er Jahren war die DDR nie von der internationalen Öffentlichkeit abgeschirmt. Der "erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat" stand spätestens nach dem Mauerbau von 1961 quasi unter latenter, jederzeit aktivierbarer Beobachtung. Dieses Sanktionspotential in Verbindung mit dem Wunsch nach Respektabilität in der Staatenwelt stärkte die zu-

medien heft

nächst geringfügige Öffnung und behaftete den ideologisch gebundenen Staat bei seinen eigentlich nur als Dekoration gemeinten Diskursansätzen. Die historische Erfahrung der DDR legt den Gedanken nahe, dass selbst eine extrem eingeschränkte Öffentlichkeit, die nur Spuren von offener Kommunikation zulässt, gegen autoritäre Herrschaftssysteme noch immer eine enorme Sprengkraft entwickeln kann.

Literatur:

Borgwardt, Angela (2002): Im Umgang mit der Macht. Herrschaft und Selbstbehauptung in einem autoritären politischen System. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 579 Seiten, ISBN-Nr. 3-531-13833-2.

Der Text befindet sich im Internet unter:
http://www.medienheft.ch/kritik/bibliothek/k20_MeierUrs_2.html